

Schwerpunktvorhaben BMFSFJ 2021

Bundesministerin Franziska Giffey

Vorstellung im BT-Ausschuss-FSJ am 13.01.2021

Damit es jedes Kind
packt.

Wir kümmern uns um
die Kümmerer.

Frauen können alles.

Damit es jedes Kind packt: Das haben wir erreicht



Gute-KiTa-Gesetz

- Das Gute-KiTa-Gesetz ist am 01.01.2019 in Kraft getreten. 2019 wurden Verträge mit allen Ländern geschlossen und erste Maßnahmen durch die Länder umgesetzt.
- Bis 2022 stehen den Ländern 5,5 Mrd. Euro für mehr Qualität und weniger Gebühren zur Verfügung. Sie investieren rund zwei Drittel der Gelder in mehr Qualität und rund ein Drittel in die Entlastung der Eltern bei den Gebühren.
- Der Bund hat sich mit dem Haushalt 2021 dazu bekannt, seine Verantwortung auch nach 2022 wahrzunehmen.
- Jedes Jahr erscheint ein Monitoringbericht. Der erste Evaluationsbericht wird dem BT 2021 vorgelegt.

5. Investitionsprogramm Kinderbetreuungs- finanzierung 2020-2021

- Im Rahmen des Konjunkturpakets wurde das fünfte Investitionsprogramm in Höhe von 1 Mrd. Euro für den Ausbau der Kinderbetreuung beschlossen. Damit können die Länder bis zu 90.000 zusätzliche Betreuungsplätze finanzieren.
- Der Bund hat bisher mit vier Investitionsprogrammen über 4,4 Mrd. Euro in den Ausbau der Kinderbetreuung investiert und anteilig rund 780.000 zusätzliche Plätze gefördert.

Damit es jedes Kind packt: Das haben wir erreicht



Programme für Kita und Kindertagespflege

- Die Bundesprogramme Sprach-Kita und Kita-Einstieg werden fortgesetzt. Für beide Programme stehen dieses Jahr 210 Mio. Euro bereit. Der Ansatz soll im Haushalt 2022 fortgeführt werden. Für das Bundesprogramm ProKindertagespflege stehen 2021 7,5 Mio. Euro zur Verfügung.
- Jede zehnte Kita ist mittlerweile eine Sprach-Kita. Dort werden mehr als 500.000 Kinder unterstützt. An den Angeboten des Bundesprogramms Kita-Einstieg haben bisher rund 58.000 Personen teilgenommen. Im Bundesprogramm ProKindertagespflege werden 47 Standorte gefördert.

Fachkräfteoffensive Erzieherinnen und Erzieher

- Die Fachkräfteoffensive Erzieherinnen und Erzieher ist 2019 gestartet und läuft bis Mitte 2022.
- Sie umfasst drei Säulen: 1) Praxisintegrierte, vergütete Ausbildung, 2) Praxisanleitung, 3) Perspektive zum Aufstieg.
- Alle Länder nehmen am Bundesprogramm teil und alle Programmbereiche sind ausgeschöpft. In jedem Land gibt es nun die praxisorientierte und vergütete Ausbildung.
- Die KMK hat im Juni 2020 die Aufnahme der praxisintegrierten Ausbildung als eine Regelform beschlossen.

Damit es jedes Kind packt: Das haben wir erreicht



Jugendstrategie der Bundesregierung

- Die Jugendstrategie „In gemeinsamer Verantwortung: Politik für, mit und von Jugend“ wurde am 03.12.2019 vom Kabinett beschlossen. Die Strategie wird von allen Ressorts umgesetzt.
- Sie ermöglicht eine direkte, sichtbare und wirkungsvolle Beteiligung junger Menschen z.B. durch die JugendPolitikTage und die Initiative „Starke Kinder- und Jugendparlamente“.

Maßnahmen gegen sexuelle Gewalt

- Das Amt des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM) und der Betroffenenrat wurden 2018 dauerhaft eingerichtet. Eine Sensibilisierungskampagne des UBSKM wird vorbereitet.
- Der Nationale Rat gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen wurde 2019 eingerichtet. Arbeitsgruppen mit über 250 Expertinnen und Experten erarbeiten konkrete Schritte.
- Der Fonds sexueller Missbrauch läuft weiter. Die Geschäftsstelle des Fonds ist Anfang 2020 an das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben übertragen worden. Das Bestandpersonal wurde vollständig entfristet. Das Verwaltungsverfahren wird deutlich verschlankt.

Damit es jedes Kind packt: Daran arbeiten wir



Einführung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter

- Um den Ausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder zu fördern, stellt der Bund den Ländern zusätzlich zu den bereits im Koalitionsvertrag eingeplanten 2 Mrd. Euro weitere Mittel von bis zu 1,5 Mrd. Euro zur Verfügung.
- 750 Mio. Euro stehen jetzt schon bereit. Ende 2020 haben alle Länder und das BMFSFJ und das BMBF die Verwaltungsvereinbarung für das erste Investitionsprogramm zum beschleunigten Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder gestartet. Mit diesen Mitteln können Neu- und Umbauten sowie Modernisierung und Hygieneeinrichtungen finanziert werden.
- Die weiteren Investitionsmittel des Bundes in Höhe von bis zu 2,75 Mrd. Euro werden zur Verfügung gestellt, wenn sich Bund und Länder auf den Umfang und die Finanzierung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter geeinigt haben. Die entsprechenden Verhandlungen werden derzeit geführt und schnellstmöglich abgeschlossen.

Damit es jedes Kind packt: Daran arbeiten wir



Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (SGB VIII)

- Das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz wurde am 02.12.2020 vom Kabinett beschlossen. Das parlamentarische Verfahren läuft.
- Die Reform wurde nach einem einjährigen Dialogprozess „Mitreden-Mitgestalten: Die Zukunft der Kinder- und Jugendhilfe“ von Bund, Ländern, Kommunen, Wissenschaft und Praxis entwickelt.
- Ziele: 1) Schützen: Besserer Kinder- und Jugendschutz, 2) Stärken: Stärkung von Kindern und Jugendlichen in Pflegefamilien und Einrichtungen der Erziehungshilfe, 3) Helfen: Hilfen aus einer Hand für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderungen, 4) Unterstützen: Mehr Prävention vor Ort, 5) Beteiligen: Mehr Beteiligung von jungen Menschen, Eltern und Familien.

Kinder- und Jugendmedienschutz

- Der Gesetzentwurf für einen modernen Kinder- und Jugendschutz wurde am 14.10.2020 vom Kabinett beschlossen. Das parlamentarische Verfahren läuft.
- Ziele: 1) Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Interaktionsrisiken durch Voreinstellungen, Hilfs- und Beschwerdesysteme, 2) Einheitliche Alterskennzeichnungen als Orientierung für Eltern, pädagogische Fachkräfte sowie Kinder und Jugendliche, 3) Durchsetzung der neuen Regelungen.

Damit es jedes Kind packt: Daran arbeiten wir



Kinderrechte ins Grundgesetz

- Die Verankerung eines Kindergrundrechts im Grundgesetz wurde im KoalV vereinbart.
- Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe mit BKAMt, BMI, BMJV, BMFSFJ, JuMiKo und JFMK hat drei Formulierungsvorschläge für eine Grundgesetzänderung vorgelegt.
- BMJV hat auf Grundlage des Abschlussberichts der Bund-Länder-Arbeitsgruppe einen Referentenentwurf vorgelegt und am 26.11.2019 die Ressortabstimmung eingeleitet.
- Am 25.08.2020 hat die Koalition eine neue Arbeitsgruppe eingesetzt. Mitglieder sind BM Seehofer, BM Lambrecht, BM Giffey und Vertreter der Koalitionsfraktionen. Sie arbeitet einen gemeinsamen Vorschlag aus.

Wir kümmern uns um die Kümmerer: Das haben wir erreicht

Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE)

- Die Stiftung wurde am 02.04.2020 gemeinsam mit BMI und BMEL gegründet. Sie hat ihren Sitz in Neustrelitz.
- Der Stiftung standen 2020 23 Mio. Euro zur Verfügung. Ab 2021 sind jährlich 30 Mio. Euro vorgesehen.
- Für 2020 wurde ein Förderprogramm mit drei Schwerpunkten aufgelegt: 1) Innovation und Digitalisierung in der Zivilgesellschaft, 2) Nachwuchsgewinnung, 3) Struktur- und Innovationsstärkung in strukturschwachen und ländlichen Räumen. Es sind über 12.500 Anträge eingegangen. Davon wurden 1.900 positiv beschieden mit einem Gesamtvolumen von 20,9 Mio. Euro.

Bundesprogramm „Demokratie leben!“

- Das Bundesprogramm wurde 2019 entfristet. Die zweite Förderperiode läuft seit 01.01.2020 mit einer neuen Förderrichtlinie mit den Zielen „Demokratie fördern, Vielfalt gestalten, Extremismus vorbeugen“.
- Der Etat des Bundesprogramms wurde in dieser Legislatur jedes Jahr erhöht. 2021 steigt er um 35 Mio. Euro auf 150,5 Mio. Euro. In der Finanzplanung sind weitere Mittelaufwüchse auf 165 Mio. Euro in 2022 und 2023 auf insgesamt 200 Mio. Euro vorgesehen.
- „Demokratie leben!“ stärkt lokales Engagement (Partnerschaften für Demokratie), baut die Zusammenarbeit mit Ländern aus und fördert bundesweite Kompetenzzentren und -netzwerke sowie Modellprojekte. Der Innovationsfonds unterstützt kurzfristige innovative Projekte.

Wir kümmern uns um die Kümmerer: Daran arbeiten wir



Umsetzung der Ergebnisse des Kabinettsausschuss Rechtsextremismus und Rassismus

- Der Kabinettsausschuss Rechtsextremismus und Rassismus wurde am 18.03.2020 eingesetzt.
- Am 25.11.2020 hat er ein umfangreiches **Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus** beschlossen, das insgesamt 89 Einzelmaßnahmen enthält. 20 dieser Maßnahmen fallen in den Zuständigkeitsbereich des BMFSFJ. Auf der Basis dieses Maßnahmenpakets stellt die Bundesregierung in den Jahren 2021 bis 2024 insgesamt mehr als eine Mrd. Euro zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus zur Verfügung.
- Das BMFSFJ wird u.a. folgende Maßnahmen umsetzen:
 - Vorlage von Eckpunkten für ein Gesetz zur Förderung der wehrhaften Demokratie (gemeinsam mit BMI)
 - Weiterentwicklung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“
 - Einrichtung eines gesellschaftlichen „Beirats zur Förderung der wehrhaften Demokratie und gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ (gemeinsam mit BMI)
 - Stärkung der Arbeit gegen Hass im Netz
 - Ausbau der politischen Jugendarbeit im Kinder- und Jugendplan
 - Förderung wissenschaftlicher Erkenntnisse zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus
- Die Abschlussitzung des Kabinettsausschuss findet im 1. Hj. 2021 statt. Der Abschlussbericht wird dem Bundestag anschließend vorgelegt.

Wir kümmern uns um die Kümmerer: Das haben wir erreicht



Freiwilligendienste (BFD, FSJ, FÖJ)

- Jedes Jahr engagieren sich rund 100.000 Freiwillige in BFD, FSJ und FÖJ.
- Die Aufwüchse des Etats wurden von 2020 bis 2023 fortgeschrieben. Jährlich stehen 40 Mio. Euro zusätzlich für den Bundesfreiwilligendienst (BFD) und 25 Mio. Euro für die Jugendfreiwilligendienste zur Verfügung. Mit den zusätzlichen Mitteln wird im BFD der Zuschuss zum Taschengeld um 50 Euro pro Monat erhöht. Damit kann z.B. ein ÖPNV-Ticket finanziert werden. Außerdem wird im BFD und FSJ der Zuschuss zur pädagogischen Begleitung um 25 Euro pro Monat erhöht.
- Freiwillige unter 27 Jahren können seit 2019 FSJ, FÖJ und BFD auch in Teilzeit leisten.
- In der Coronavirus-Pandemie wurden durch flexible, administrative Regelungen die Handlungsfähigkeit der Freiwilligendienste aufrecht erhalten und deren bestehende Struktur gesichert.

Bundesprogramm „Menschen stärken Menschen“

- Das Bundesprogramm fördert seit 2016 Patenschaften zwischen geflüchteten und hier lebenden Menschen. Es wurde 2018 für alle Menschen geöffnet, die von Patinnen und Paten profitieren können.
- Die Förderung des Programms wird 2021 in Höhe von 18 Mio. Euro fortgesetzt. Bisher wurden rund 125.000 neue Patenschaften gestiftet. Derzeit werden über 42.000 Patenschaften weitergeführt.

Wir kümmern uns um die Kümmerer: Das haben wir erreicht



Konzertierte Aktion Pflege

- Das Pflegeberufegesetz ist am 01.01.2020 in Kraft getreten. Es legt die Grundlage insbesondere für die neue generalistische Pflegeausbildung.
- Die Ausbildungsinitiative Pflege läuft bis 2023. Sie begleitet die Umsetzung des Pflegeberufegesetzes u.a. mit der Kampagne „Mach Karriere als Mensch!“
- Das Förderprogramm zur Pflegeausbildung unterstützt den Aufbau von Kooperationsbeziehungen der ausbildenden Einrichtungen. Die Umsetzung erfolgt durch die Länder. Das Programm läuft bis Ende 2021 und hat einen Umfang von 19 Mio. Euro.

Aufwertung sozialer Berufe

- In Zusammenarbeit mit den Ländern wurde auf Verbesserungen im Bereich der Erziehungs- sowie Pflegeberufe hingewirkt. Insbesondere ist die bundesweite Einführung der Schulgeldfreiheit für die generalistische Pflegeausbildung zu nennen.
- Mit Studien wurden gezielte Impulse zur Aufwertung der Erzieher- und Pflegeberufe gesetzt und Reformoptionen in OECD-Konferenzen diskutiert.
- Eine Jugendbefragung hat die Attraktivität der Pflege- und Erzieherberufe ermittelt und erstmals Potenziale für die Nachwuchsgewinnung berechnet.

Wir kümmern uns um die Kümmerer: Das haben wir erreicht



Programme gegen Einsamkeit im Alter

- Im ESF-Programm „Stärkung der Teilhabe Älterer“ sind 2020 29 Projekte gestartet. Es stehen 5 Mio. Euro für zwei Jahre zur Verfügung.
- Der Malteser Hilfsdienst führt vom BMFSFJ gefördert seit Oktober 2020 an 45 Standorten Projekte für Gemeinschaft im Alter durch. Bis Anfang 2022 kommen 67 weitere Projekte hinzu. Es stehen bis Ende 2024 7 Mio. Euro bereit.

Programme zum Wohnen im Alter

- Das Bauprogramm „Leben wie gewohnt“ zeigt wie ein eigenständiges Wohnen im Alter gelingt. Dafür stehen bis Ende 2023 insgesamt 4,9 Mio. Euro zur Verfügung.
- Das Bauprogramm „Sterben wo man lebt und zuhause ist“ trägt zur Weiterentwicklung der teilstationären Angebote und ambulanten Wohnformen in der Hospiz- und Palliativversorgung bei. Bis Ende 2023 stehen insgesamt 1,6 Mio. Euro zur Verfügung.
- Eine Informationsplattform zum gemeinschaftlichen Wohnen und ein bundesweites Koordinierungsangebot werden bis Ende 2024 aufgebaut.

Wir kümmern uns um die Kümmerer: Das haben wir erreicht



Mehrgenerationenhäuser

- Das Bundesprogramm „Mehrgenerationenhaus. Miteinander – Füreinander“ startet am 01.01.2021 und läuft bis 2028. Darin werden alle bisher geförderten Mehrgenerationenhäuser (aktuell 534) auf Antrag weitergefördert.
- Auch 2021 stehen wieder rund 23 Mio. und ein erhöhter Bundeszuschuss von 40.000 Euro jährlich pro Haus bereit.
- Als Fachprogramm im gesamtdeutschen Fördersystem leisten die Häuser einen Beitrag zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse.

Nationale Demenzstrategie

- Die Nationale Demenzstrategie wurde am 01.07.2020 vom Kabinett beschlossen. Sie wurde mit BMG, BMBF und weiteren Partnern entwickelt.
- 160 Maßnahmen sollen bis 2026 umgesetzt werden. Zum Beispiel wird das Personal von ÖPNV-Unternehmen zum Thema Demenz geschult. Die Schulungen werden online von der Deutschen Alzheimer-Gesellschaft durchgeführt. 90.000 Sportvereine werden mit dem DOSB auf die zunehmende Bedeutung von Demenz vorbereitet.
- Auch der bundesweite Ausbau von Netzwerkstrukturen wird vorangebracht. Für die Lokalen Allianzen für Menschen mit Demenz stehen 2020 bis 2026 pro Jahr bis zu 1 Mio. Euro zur Verfügung.

Wir kümmern uns um die Kümmerer: Das haben wir erreicht



Programme für digitale Teilhabe

- Mit dem Förderprogramm „Zukunftssicherung der Freien Wohlfahrtspflege durch Digitalisierung“ werden die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege bei der Gestaltung des digitalen Wandels in der sozialen Arbeit unterstützt. Dafür sind 2021 rund 3,5 Mio. Euro vorgesehen.
- Der „Digitale Engel“ war 2020 an 58 Standorten. Seine Angebote werden fortgesetzt.
- Multiplikatorinnen und Multiplikatoren werden an 16 „Internet-Erfahrungsorten“ zu KI-Technologien für Ältere qualifiziert.
- Mit der BAGSO werden Eckpunkte für einen DigitalPakt Alter erarbeitet.

Frauen können alles: Das haben wir erreicht



Gleichstellungsstrategie

- Die ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie der Bundesregierung wurde am 08.07.2020 vom Kabinett beschlossen.
- Unter dem Motto „Stark für die Zukunft“ werden in der Strategie Ziele der gesamten Bundesregierung für die Gleichstellung von Frauen und Männern festgelegt. Die Gleichstellungsstrategie bündelt und stärkt die Aktivitäten der Ressorts.
- Ziele: 1) Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, 2) gleichberechtigte Verteilung von Erwerbs- und unbezahlter Sorgearbeit, 3) faire Karrierechancen und Teilhabe von Frauen und Männern in Führungspositionen, 4) Aufwertung und Stärkung sozialer Berufe.

Entgelttransparenz

- Der Bericht der Bundesregierung zur Wirksamkeit des Entgelttransparenzgesetzes und zur Umsetzung des Entgeltgleichheitsgebots wurde am 10.07.2020 vom Kabinett beschlossen.
- Unternehmen werden mit dem Unternehmensprogramm "Unternehmen stärken - Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern fördern" und dem "Gleichbehandlungsscheck für kleine und mittlere Unternehmen" dabei unterstützt, die gesetzlichen Vorgaben umzusetzen.

Frauen können alles: Das haben wir erreicht



Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen

- Der 2018 eingerichtete **Runde Tisch „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“** von Bund, Ländern und Kommunen sorgt für eine gute Abstimmung aller staatlichen Ebenen, um die Gewalt an Frauen nachhaltig zu reduzieren. Er tagt im April 2021 zum fünften Mal.
- Bund, Länder und Kommunen haben das **Hilfesystem** weiterentwickelt. Frauenhäuser, Beratungsstellen und weitere Einrichtungen werden weiter unterstützt:
 - Das **Investitionsprogramm** zur Stärkung des Hilfesystems ist gestartet. Die Finanzierung wird bis 2024 in Höhe von 30 Mio. Euro jährlich fortgeschrieben.
 - Das **Innovationsprogramm** läuft seit 2019 und fördert Modellprojekte. Die Finanzierung wird bis 2024 in Höhe von 5 Mio. Euro jährlich fortgeschrieben.
- Die bundesweite **Initiative „Stärker als Gewalt“** ist im November 2019 mit einer öffentlichkeitswirksamen Kampagne gestartet. Viele Organisationen sind beigetreten, unterstützen die Initiative und bilden ein starkes Netzwerk gegen Gewalt.
- In 2020 stand unter **„Zuhause nicht sicher“** die Ansprache während der Coronavirus-Pandemie im Mittelpunkt. Schwerpunktthemen waren häusliche Gewalt, digitale Gewalt und sexualisierte Gewalt am Arbeitsplatz.

Frauen können alles: Daran arbeiten wir



Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen

- Die Stellungnahme der Bundesregierung zur Wirksamkeit des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst (FüPoG I) wurde am 18.11.2020 vom Kabinett beschlossen.
- Der Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung des FüPoG (FüPoG II) wurde am 06.01.2021 vom Kabinett beschlossen.
- Zentrale Elemente:
 - 1) Privatsektor
 - Einführung einer Mindestvorgabe für Vorstände mit mehr als drei Mitgliedern in börsennotierten und paritätisch mitbestimmten Unternehmen.
 - Einführung einer Begründungspflicht für die Zielgröße Null und Einführung einer Sanktion bei Nichtbegründung.
 - 2) Öffentlicher Sektor:
 - Einführung einer Vorstandsquote und Ausweitung der Aufsichtsratsquote auf Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Bundes.
 - Einführung einer Vorstandsquote für bundes- und landesunmittelbare Körperschaften des öffentlichen Rechts in der Sozialversicherung.
 - Stärkung der Gleichstellungsbeauftragten in den Bundesbehörden.

Frauen können alles: Daran arbeiten wir



Bundesstiftung Gleichstellung

- Die Bundesstiftung Gleichstellung soll im 1. Quartal vom Kabinett verabschiedet werden. Die Gründung der Stiftung ist für 2021 geplant.
- Für den Aufbau der Stiftung stehen 2021 3 Mio. Euro zur Verfügung. Ab 2022 ist ein jährliches Budget von 5 Mio. Euro vorgesehen.
- Aufgaben der Stiftung: 1) Informationen bereitstellen, 2) Gleichstellung in der Praxis und vor Ort stärken, 3) neue Ideen entwickeln, 4) ein „offenes Haus“ für die Gleichstellung, in dem Initiativen arbeiten und sich vernetzen können.

Weitere Umsetzung der Istanbul-Konvention

- Der erste deutsche Staatenbericht zur Istanbul-Konvention wurde am 31.08.2020 beim Europarat eingereicht.
- Das Konzept für eine unabhängige Beobachtungsstelle wird derzeit zusammen mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte (DIMR) erarbeitet. Sie soll 2021 aufgebaut werden.
- Aufgaben: 1) Sammeln von Daten, 2) Beobachtung der Umsetzung der Konvention, 3) Erarbeitung von Empfehlungen für die Bundesregierung.

Frauen können alles: Daran arbeiten wir



Finanzielle Unterstützung bei ungewollter Kinderlosigkeit

- An der Bundesinitiative beteiligten sich 2018 sieben Länder. Mit Brandenburg (2018), Nordrhein-Westfalen (2019) und Bayern (2020) sind drei weitere Länder beigetreten. Rheinland-Pfalz und das Saarland haben Interesse bekundet, 2021 beizutreten.
- Am Ende der Legislatur werden voraussichtlich 12 Länder die Initiative mittragen. Dafür stehen jährlich rund 10 Mio. Euro zur Verfügung.
- Ziele: Verbesserung der finanziellen Unterstützung ungewollt kinderloser Paare bei der Inanspruchnahme reproduktionsmedizinischer Behandlung und Stärkung der psychosozialen Kinderwunschberatung.

Haushaltsnahe Dienstleistungen

- Ein Konzept zur Schaffung von legaler sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung im Privathaushalt wird entwickelt.
- Ziele: 1) Schwarzarbeit zurückdrängen, 2) Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung schaffen, 3) Chancen auf eigenständige berufliche Tätigkeit v.a. für Frauen verbessern, 4) Familien bei der Vereinbarkeit mit Beruf und Pflege unterstützen.

Starke Familien für ein starkes Land: Das haben wir erreicht



Starke-Familien-Gesetz

- Das Starke-Familien-Gesetz wurde am 09.01.2019 vom Kabinett beschlossen und ist in zwei Stufen in Kraft getreten (01.07.2019 und 01.01.2020).
- Der Kinderzuschlag (KiZ) wurde auf bis zu 185 Euro pro Kind und Monat erhöht, seit dem 01.01.2021 auf bis zu 205 Euro. Auch Alleinerziehende können nun leichter den KiZ bekommen. Verbesserungen gab es auch bei den Leistungen für Bildung und Teilhabe.
- Mittlerweile erhalten rund 770.000 Kinder den KiZ. Die Zahl der mit dem KiZ erreichten Kinder hat sich seit der Reform des Starke-Familien-Gesetzes im Juni 2019 und im Zuge der Coronavirus-Pandemie verdreifacht.

Digitalisierung von Familienleistungen

- Das Digitale-Familienleistungen-Gesetz wurde am 24.06.2020 vom Kabinett und anschließend von BT und BR beschlossen. Die Umsetzung erfolgt schrittweise. Gemeinsame FF mit BMI.
- Das Gesetz ermöglicht die bürgerfreundliche Digitalisierung der bei der Geburt wichtigen Familienleistungen. Sie sollen gemeinsam und leichter beantragt werden können.
- Die Digitalisierung der betroffenen Leistungen wird in allen Ländern begleitet.

Starke Familien für ein starkes Land: Das haben wir erreicht

Unternehmens- programm „Erfolgsfaktor Familie“

- Das Unternehmensprogramm „Erfolgsfaktor Familie“ mit dem dazugehörigen Netzwerk hat rund 7.700 Mitglieder. Es ist bundesweit die größte Plattform für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, die sich für eine familienbewusste Personalpolitik einsetzen. Das Programm wird mit 3,5 Mio. Euro jährlich weiter geführt.
- Der „Fortschrittsindex Vereinbarkeit“ ist 2019 gestartet. Unternehmen können damit online ermitteln, wie familienfreundlich sie sind.
- Das Ziel ist, Familienorientierung und gute Vereinbarkeit zum Markenzeichen der deutschen Wirtschaft zu machen.

Förderprogramm Betriebliche Kinderbetreuung

- Das Förderprogramm ist am 01.09.2020 gestartet und läuft bis 31.12.2022.
- Von 2020 bis 2022 stehen jährlich 3 Mio. Euro bereit. Damit können Unternehmen neue Plätze in der betrieblichen Kinderbetreuung schaffen (Kitas, Kindertagespflege, Betreuung in Ausnahmefällen, Ferienbetreuung).
- Das Ziel ist, das betriebliche Engagement in der Kinderbetreuung zu stärken und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

Starke Familien für ein starkes Land: Das haben wir erreicht



Adoptionshilfegesetz

- Das Adoptionshilfegesetz wurde am 06.11.2019 vom Kabinett beschlossen und am 18.12.2020 im BR abgeschlossen. Es tritt am 01.04.2021 in Kraft.
- Ziele: 1) Beratung: Bessere Unterstützung von Familien bei Adoptionen und Anspruch auf nachgehende Beratung, 2) Aufklärung: Förderung des offenen Umgangs mit Adoptionen, 3) Vermittlung: Stärkung der Strukturen der Adoptionsvermittlung, 4) Keine unbegleiteten Auslandsadoptionen und Einführung eines verpflichtenden Anerkennungsverfahrens, um Kinderhandel zu vermeiden.

Bildung in der Familie stärken - Elternbegleitung

- Das ESF-Bundesprogramm „Elternchance II“ läuft bis Dezember 2021. Mittlerweile sind knapp 14.000 Elternbegleiter und Elternbegleiterinnen in Familienzentren, Kitas und Familienbildungsstätten aktiv.
- Für 2022 wird ein neues ESF-Bundesprogramm „Elternbegleitung für benachteiligte Familien“ vorbereitet.

Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt

- Die Website „Regenbogenportal.de“ ist seit Mai 2019 online.
- Seit Juli 2020 gibt es auf der Website einen Bereich mit gezielten Angeboten für Fachkräfte aus Beratung, Pädagogik, Pflege, dem Gesundheits- und Personalwesen.

Starke Familien für ein starkes Land: Daran arbeiten wir



Elterngeld weiterentwickeln

- Die Reform des Bundeselterngeldgesetzes wurde am 16.09.2020 vom Kabinett beschlossen. Sie befindet sich im parlamentarischen Verfahren. Die Reform setzt auf Grundlage der Evaluation des ElterngeldPlus notwendige Verbesserungen im Elterngeld um.
- Zentrale Elemente: Flexiblere Arbeitszeitregelungen und flexiblerer Partnerschaftsbonus, Verlängerung des Elterngeldbezugs für Eltern besonders früh geborener Kinder und Verbesserung für Eltern mit Mischeinkünften.
- Das ElterngeldDigital soll die Abstimmung und Antragstellung für beide Elternteile erleichtern. Hier sind weitere Schritte zum papierlosen Antrag erfolgt. In den teilnehmenden Ländern wurde eine Infokampagne gestartet.

Starke Familien für ein starkes Land: Daran arbeiten wir



Digitale Angebote für Familien

- Mit der KI-Entwicklungsstrategie soll Künstliche Intelligenz (KI) als Schlüsseltechnologie auch für die Zielgruppen des BMFSFJ geöffnet werden.
- Für das Familienportal wird ein Chatbot zu Familienleistungen auf Basis von KI-Technologien entwickelt. Das erste Schwerpunktthema ist Elternzeit.
- Ein Online-Beratungsangebot für Trennungsfamilien wird aufgebaut.

Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt

- Die Beratungs- und Unterstützungsangebote für inter-, transgeschlechtliche und nicht-binäre Kinder und Jugendliche und ihre Familien sollen verbessert werden.
- Das Dialogforum Geschlechtliche Vielfalt erarbeitet einheitliche Qualitätsstandards für die Fortbildung von Beratungsfachkräften besonders der Kinder- und Jugendhilfe. Sie sollen im 2. Hj. 2021 veröffentlicht werden.

Deutschland spürbar stärker machen: Unterstützung in der Coronavirus-Pandemie



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Kinderbonus

Der Kinderbonus wurde im Herbst 2020 einmalig – grundsätzlich in zwei Raten – gewährt. Er beträgt 300 Euro für jedes Kind mit Kindergeldanspruch im Jahr 2020.

Notfall-Kinderzuschlag

Die Beantragung des Kinderzuschlags und die Prüfung der Voraussetzungen wurden vereinfacht [bis 30.09.2020]. Die erleichterte Vermögensprüfung gilt weiter bis 31.03.2021.

Sonderregelungen im Elterngeld

Neue Regelungen unterstützen junge Eltern in der Coronavirus-Pandemie und sichern die wirtschaftliche Stabilität von Familien [bis 31.12.2021].

Ausweitung Kinderkrankengeld

Regierungsentwurf: Ausweitung des Kinderkrankengeldes auf zehn zusätzliche Tage pro Elternteil und Kind (20 zusätzliche Tage für Alleinerziehende; max. 40 Tage). Anspruch besteht auch, wenn pandemie-bedingt die Betreuung des Kindes zu Hause erforderlich ist (Bescheinigung Bildungseinrichtung). Anspruch rückwirkend ab 05.01.2021.

Entschädigung für erwerbstätige Eltern

Entschädigung für Verdienstaufschlag für Eltern, die ihr Kind wegen Schließung von Kitas, Schule, Einrichtungen für Menschen mit Behinderung oder Quarantäne betreuen müssen (FF BMG) [bis 31.03.2021].

Hilfen für pflegende Angehörige

Flexibilisierungen bei der Inanspruchnahme von Pflegezeit und Familienpflegezeit. Beschäftigte erhalten bis zu 20 Arbeitstage lang Pflegeunterstützungsgeld als Lohnersatz (bisher 10 Tage). Die Zeit, die Beschäftigte in einer akut auftretenden Pflegesituation der Arbeit fernbleiben können, wurde auf 20 Arbeitstage verdoppelt [bis 31.03.2021].

Deutschland spürbar stärker machen: Unterstützung in der Coronavirus-Pandemie



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

KfW-Sonderkreditprogramm für gemeinnützige Organisationen & Träger

Der Bund übernimmt das Ausfallrisiko durch eine 80-prozentige Haftungsfreistellung für KfW-Kredite bis zu einer Höhe von 1 Mrd. Euro [bis 30.06.2021].

Sonderprogramm Kinder- und Jugendbildung, Kinder- und Jugendarbeit

Mit dem ersten Sonderprogramm 2020 konnten gemeinnützige Einrichtungen mit Übernachtungsangeboten für junge Menschen und Familien sowie der internationale Jugendaustausch mit 100 Mio. Euro unterstützt werden. Das Programm wird 2021 mit 100 Mio. Euro fortgesetzt.

Beratung bei Sorgen und Konflikten

Die Beratungs- und Hilfetelefone wurden gestärkt und laufen auf dem Niveau weiter: „Nummer gegen Kummer“, Elterntelefon, Pfl egetelefon, „Pausentaste“, Hilfetelefone „Gewalt gegen Frauen“ und „Sexueller Missbrauch“.

Technische Ausstattung von Fachberatungsstellen und Frauenhäusern

Das Bundesprogramm „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ fördert eine bessere technische Ausstattung in Frauenhäusern und Fachberatungsstellen und Dolmetschleistungen. Damit wird ein schneller, unbürokratischer und zuverlässiger Schutz ermöglicht. Mehr als 3 Mio. Euro stehen bereit.

Ausbau der Initiative „Stärker als Gewalt“

Mit der Aktion „Zuhause nicht sicher“ wird seit April 2020 bundesweit in über 26.000 Supermärkten und im Einzelhandel auf Hilfsangebote für von Gewalt betroffene Frauen hingewiesen.

Sicherung der Schwangerschaftskonfliktberatung

Es wurden Auslegungshinweise zur Durchführung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes an die Länder gegeben. So ist eine gesetzeskonforme Beratung auch über digitale Kommunikationswege gewährleistet.

Deutschland spürbar stärker machen: Berichte des BMFSFJ

Wurden vorgelegt:

- Der **Engagementbericht „Zukunft Zivilgesellschaft: Junges Engagement im digitalen Zeitalter“** wurde dem BT am 13.05.2020 zugeleitet. Schwerpunkte: Auswirkungen der Digitalisierung auf das Engagement von Jugendlichen (14-27-Jährige).
- Der **Altersbericht „Ältere Menschen und Digitalisierung“** wurde dem BT am 12.08.2020 zugeleitet. Schwerpunkte: Digitalisierung in den Bereichen Wohnen, Sicherheit, Versorgung mit Dienstleistungen und Gütern, Pflege und gesundheitliche Versorgung, Kommunikation und Mobilität.
- Der **Kinder- und Jugendbericht „Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter“** wurde dem BT am 11.11.2020 zugeleitet. Schwerpunkte: Soziale Räume politischer Bildung und Herausforderungen für eine demokratisch positionierte politische Bildung.

Werden noch vorgelegt:

- Der **Familienbericht „Eltern sein in Deutschland“** wird im 1. Hj. 2021 vorgelegt. Schwerpunkte: Bedingungen für das Gelingen guter Elternschaft aus gesellschaftspolitischer, historischer, sozialer, ökonomischer und juristischer Perspektive.
- Der **Gleichstellungsbericht „Chancen von Männern und Frauen in der digitalen Wirtschaft“** wird im 1. Hj. 2021 vorgelegt. Schwerpunkte: Weichenstellungen für gleiche Verwirklichungschancen von Frauen und Männern in der digitalen Wirtschaft.

EU-Ratspräsidentschaft: Das haben wir erreicht



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Jugend und Demokratie

- Fokus auf die drei Schwerpunkte der EU-Jugendstrategie 2019-2027:
- „Beteiligen“ – Jugend und Demokratie: Europäischer Jugenddemokratiekongress im Oktober 2020 und Annahme von Ratsschlussfolgerungen zu „Jugend und Demokratie“.
- „Begegnen“ – Mobilität junger Menschen: Abschluss der Verhandlungen zum Europäischen Solidaritätskorps 2021-2027.
- „Befähigen“ – Jugendarbeit: Annahme einer „European Youth Work Agenda“ und Start des Umsetzungsprozesses bei der European Youth Work Convention.

Gleichstellung von Frauen und Männern

- Gleichstellung: Verabschiedung einer „Trio Presidency Declaration on Gender Equality“ mit Portugal und Slowenien im Juli 2020.
- Gegen Gewalt an Frauen: Best-Practice-Austausch und Verabredung zu einer europaweit einheitlichen Hilfetelefonnummer beim Informellen Treffen der EU-Gleichstellungsministerinnen und -minister im November 2020.
- Gleichstellung im Erwerbsleben: Annahme von Ratsschlussfolgerungen zur ungleichen Verteilung bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlter Sorgearbeit im Dezember 2020.

*Deutschland spürbar stärker machen.
Starke Familien für ein stärkeres Land.*

EU-Ratspräsidentschaft: Das haben wir erreicht



Familie

Fokus auf Familien mit kleinen Einkommen und die Auswirkungen der Corona-Pandemie:

- Internationale Fachkonferenz „COVID-19 überwinden – gemeinsam Perspektiven für Familien entwickeln“ im November 2020.
- Annahme von Ratsschlussfolgerungen zur Bekämpfung von Kinderarmut im Dezember 2020.
- Gemeinsame Initiative mit Portugal und Slowenien "Joint Declaration of EU Member States to support families and combat child poverty in light of COVID-19".

Regenbogenfamilien und lesbische Frauen

- Internationale Fachkonferenz zum Thema Intersektionalität und LGBTIQ-Politik in Europa im November 2020.
- Öffentliche Diskussion der von der EU-Kommission vorgestellten „LGBTIQ Equality Strategy 2020-2025“.

Seniorinnen und Senioren

- Konferenz „Stärkung der Rechte Älterer in Zeiten der Digitalisierung“ gemeinsam mit BAGSO und AGE Platform Europe im September 2020.
- Annahme von Ratsschlussfolgerungen zu „Menschenrechte, Teilhabe und Wohlergehen älterer Menschen im Zeitalter der Digitalisierung“ im Oktober 2020.
- Verabschiedung einer „Trio Presidency Declaration on Ageing“ mit Portugal und Slowenien im Dezember 2020.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

*Deutschland spürbar stärker machen.
Starke Familien für ein stärkeres Land.*

Auf weiterhin gute Zusammenarbeit!

Bundesministerin Franziska Giffey